

VERTRAULICH

B E S C H L U S S P R O T O K O L L II

der 31. Sitzung des Bundesrates

vom 1. Oktober 1990

In Abwesenheit von Herrn Bundesrat Felber, welcher sich in den USA befindet, berichtet Herr Bundespräsident Koller über ein Gespräch mit dem Berner Regierungsratspräsidenten Peter Schmid. Die Berner Behörden fühlen sich sowohl im Fall Graben sowie beim Entscheid, die EMPFA zu verlegen, vom Bundesrat schlecht behandelt. Die Stimmung gegenüber den Bundesbehörden ist schlecht. Leider konnte das traditionelle Treffen zwischen Stadt und Kanton Bern und dem Bundesrat dieses Jahr nicht mehr organisiert werden. Es ist ratsam, dies anfangs 1991 so früh wie möglich nachzuholen.

Conférence sur l'environnement

Le Conseil décide que la délégation suisse à la 6e conférence ministérielle européenne sur l'environnement du Conseil de l'Europe ne sera pas habilitée à souscrire à la convention sur la stratégie européenne de conservation. Cette convention pourrait obliger l'Etat à indemniser des entreprises pour leurs mesures en faveur de l'environnement. Il s'agit d'une politique dangereuse qui va à l'encontre de la liberté de commerce et d'industrie. Même si l'on souligne qu'il ne s'agit pas d'une obligation de droit international et que la Suisse serait le seul pays à ne pas approuver cette convention, le Conseil en décide ainsi.

Fragestunde

Verschiedene Antworten geben zu Diskussionen Anlass und werden angepasst:

- Der Abstimmungstermin über die "Gewässerschutzinitiative" soll offengelassen werden. Die Initiative könnte unter Umständen zur Abstimmung gebracht werden noch bevor die langwierigen Diskussionen um die Revision des Gewässerschutzgesetzes abgeschlossen sind.
- Da Chile auf dem Weg zu einer echten Demokratie ist, sollte ein Sozialabkommen mit diesem Land nicht ausgeschlossen werden.
- Auch wenn diese Aussage bereits in einer Botschaft des Bundesrates zu finden ist, sollte nicht wiederholt werden, dass im Schweizer Transportgewerbe Akkordlöhne selten sind.
- UNA-Chef Schlup ist ein ausgezeichnete Offizier, aber für den Geheimdienst nicht der richtige Mann. Er eignet sich als Militärattache. Dies soll klar gesagt werden.
- die Haltung des Direktoriums der SNB in der Frage der Hypothekarzins-Überwachung ist inakzeptabel. Der Bundesrat wird dies klar und deutlich sagen.
- In seinen Abstimmungs-Erläuterungen hat der Bundesrat selber gesagt, dass die Moratoriums-Initiative als ein erster Schritt in Richtung Ausstieg aus der Kernenergie zu betrachten ist. Nun kann man diese Behauptung nicht einfach umkehren. Eine neue Antwort wird genehmigt.

Gesamtverteidigungsnetz

Die Notwendigkeit, im gegenwärtigen Zeitpunkt dieses GV-Not- und Sicherheitsnetz zu erstellen, wird bestritten. Diese teuren Kommunikationsmittel sind nicht dringend. Die PTT könnten eventuell später und mit weniger Dringlichkeit und Perfektionismus eine Verbesserung an die Hand nehmen. Andererseits aber sind die NEMP-Gefahren weiterhin gross. Auch ist die Notwendigkeit unbestritten, bereits bei zivilen Katastrophen (z.B. Schweizerhalle) die Telefonnetze zu verbessern. Es ist zweifelhaft, ob die nötigen Aquisitionen bei den Privaten zustandekommen. Der Rat trifft deshalb einen vorbehaltenen Beschluss, welcher nur in Kraft gesetzt wird, wenn die vorgesehenen Aquisitionen auch erreicht werden können.

Verkehrshaus der Schweiz

Die Erhöhung der Bundesbeiträge an das Verkehrshaus der Schweiz sollte nicht mit den ungeschriebenen Verfassungskompetenzen des Bundes im Kulturbereich begründet werden. Die Gefahr, dass alle Museen Subventionen beantragen, wäre zu gross. Auch soll geprüft werden, ob diese Erhöhung nicht auf dem Budgetweg beantragt werden könnte. Diese Fragen werden noch überprüft.

Kernkraftwerk Graben

Es sollen alle Aussagen vermieden werden, welche die Chancen des Bundes vor dem Bundesgericht schmälern könnten. Deshalb soll das Projekt nicht qualifiziert werden. Die Antworten auf zwei parlamentarische Vorstösse werden mit einigen Änderungen genehmigt.

CEDRA

Les discussions avec les cantons ont démontré la nécessité d'avoir les mêmes éléments d'évaluation pour les quatre sites qui pourraient entrer en considération pour l'entrepôtsages de déchets faiblement et moyennement radioactifs. Il faut donc poursuivre les forages à Ollon et suspendre ceux des autres sites. Le Canton de Vaud va appuyer la CEDRA. Le Conseil est d'accord.

Asylverordnung

Auch wenn die Publikation erst Mitte Oktober möglich ist, werden die Verordnungen bereits am 1. Oktober in Kraft gesetzt. Es handelt sich um Ausführungsverordnungen des Dringlichkeitsrechts. Die Anwesenheit der Hilfswerkvertreter wurde differenziert fixiert. Wenn es um die Behandlung von falschen Aussagen geht, ist eine Unterstützung durch diese Vertreter nicht zwingend.

Sicherheitspolitik

Der Rat sollte den Bericht verabschieden, damit weitere Spekulationen vermieden werden. Es handelt sich nun um ein Kompromisswerk. Das Kapitel über die Neutralität wurde vom EDA redigiert und wird als zu offen betrachtet. Mit Herrn Bundesrat Felber wird eine Abschwächung einzelner Aussagen diskutiert. Die Frage des Schutzes des Luftraumes muss eindeutiger beantwortet werden. Die in der Verfassung festgeschriebene Unabhängigkeit der Schweiz muss als Ziel der Sicherheitspolitik beibehalten werden. Der Bericht wird verabschiedet und nächste Woche der Öffentlichkeit vorgestellt.

Budget

Manche Aussagen über die Landwirtschaft sollten nicht so präzisiert gemacht werden. Zuerst müssen noch zahlreiche Kontakte mit den Bauernvertretern stattfinden. Mit diesen kleinen redaktionellen Änderungen wird die Botschaft zum Budget verabschiedet.

GATT

La procédure choisie soulève des remarques, car le Conseil est appelé à fixer le mandat de négociation avant même d'avoir pris et publié ses décisions en matière de politique agricole. Le mandat devrait être mis au point définitivement à la mi-octobre seulement, lorsque les discussions avec les milieux paysans auront pu avoir lieu. Les concessions sont à considérer comme un maximum si l'on veut éviter la révolte des milieux paysans. Il serait opportun de fixer le taux d'auto-provisionnement afin que les producteurs sachent à quoi s'en tenir. Effectivement, la coordination dans le temps entre le mandat de négociation et les principes de la nouvelle politique agricole n'a pu se faire car les paysans ont été associés à toutes les études. D'ailleurs, nos négociateurs au GATT et les responsables de notre agriculture sont en contact permanent. Néanmoins, il faut éviter de donner déjà des chiffres. Le point d'achoppement le plus difficile est celui des quantités. Le Conseil devra donner des précisions plus tard seulement. En cas de modification du mandat de négociation, les propositions seront soumises au Conseil. Dans cet esprit, le Conseil est d'accord avec la proposition.

Zuckerrüben

Eine Erhöhung des Preises ist gerechtfertigt, denn die Produktionskosten sind stark gestiegen. Man muss die Unzufriedenheit der Bauern ebenfalls berücksichtigen. Andererseits aber lässt der Zuckerbeschluss keinen Spielraum. Auch muss mitberücksichtigt werden, dass die Produktionsmenge verdoppelt wurde. Der Rat beschliesst deshalb, die Preise nicht zu erhöhen.

Bau- und Wohnungspolitik

Die Antwort auf eine dringliche Interpellation zur Bau- und Wohnungspolitik wird geändert. Der Bundesrat soll nicht schon heute einen vermehrten Einsatz der Gelder der zweiten Säule für die Gewährung von Hypotheken ankündigen. Diese Frage muss noch sorgfältig geprüft werden. Auch muss sich die Antwort auf die Feststellung beschränken, dass die Hypothekarschuld durch fiskalische Massnahmen nicht zusätzlich gefördert werden soll.

AUSSPRACHEN

Steuern und Hypothekarzinse

Der Rat diskutiert den Vorschlag, die steuerlichen Abzüge der Hypothekarzinsen für selbstgenutztes Wohneigentum zu begrenzen. Heute sind Wohneigentümer gegenüber Mietern steuerlich stark begünstigt. Dies ist ungerecht und hat zur Folge, dass die Hypothekarschulden nur zögernd zurückbezahlt werden. Man sollte von der gegenwärtig vom Parlament diskutierten Revision der direkten Bundessteuer profitieren, um diesen Zustand zu ändern. Die Vorschläge werfen zahlreiche Fragen auf. Die Einführung einer Amortisationspflicht ist zu begrüssen. Doch sollte man nicht beide Massnahmen gleichzeitig in Erwägung

- 4 -

ziehen, sonst wirken sie eigentumsfeindlich. Auch wird die Dringlichkeit dieser Reform bezweifelt. Es wird bedauert, dass diese Vorschläge bereits in der Öffentlichkeit angekündigt wurden. Trotz dieser Bedenken ermächtigt der Rat Herrn Bundesrat Stich, diese Vorschläge der ständerätlichen Kommission zu unterbreiten.

UMFRAGE

M. Cotti

- rend compte de la décision univoque du Parlement d'indemniser ceux qui renoncent à des projets pour des raisons de protection de l'environnement. Il y a encore une divergence quant à la question de savoir qui alimentera ces fonds.
- a été étonné de lire dans un journal dominical que le Conseil entend accorder des indemnités de départ très généreuses aux secrétaires généraux et aux chefs de presse dans le cadre de l'assouplissement de leurs conditions d'engagement. Il s'agit-là d'une vue qu'il ne peut partager. Si l'on veut attirer des personnes de très haut niveau, ce ne peut être qu'en accordant de très hauts salaires et non des indemnités de départ. Le DFF a été chargé par le Conseil de présenter un message pour modifier dans ce sens le Statut des fonctionnaires. Quand sera-t-il présenté au Conseil? Le chancelier Buser regrette qu'une fois de plus, des papiers internes ont été transmis à la presse. Les indemnités de départ ont été voulues par le Conseil en attendant la révision du Statut. M. Stich souligne que la révision du Statut des fonctionnaires est actuellement devant le Parlement. Il n'est donc pas possible de présenter un nouveau message avant que cette révision, qui est déjà très difficile, soit sous toit. M. Cotti ne partage pas cet avis: le Conseil a pris une décision formelle que le DFF doit maintenant exécuter. Sans souplesse au niveau des salaires, toute la réforme des structures de direction du Conseil fédéral n'est qu'une opération alibi.

Bundesrat Ogi

- Der VR der SBB hat einen Bericht über den Stand des Projektes "Bahn 2000" verabschiedet. Die Kosten sind nun auf neun Milliarden Franken gewachsen.
- möchte über die Hypothekarzins-Runde zwischen einer Delegation des Bundesrates und den Vertretern der Banken orientiert werden. Das Protokoll der Sitzung wird allen Bundesräten zugestellt.
- In Stockholm findet gegenwärtig eine CEMT-Sitzung statt. Leider konnte er nicht teilnehmen.

- 5 -

- Bundesrat Stich - Für den Beitritt der Schweiz zum IWF ist eine Quote von 2,1 Mia sehr schwer zu erreichen. Es ist aber zu erwarten, dass die Schweizer Quote hoch genug sein wird, damit unser Land die Führung einer Ländergruppe übernehmen kann.
- bedauert, dass der Rat in seiner Abwesenheit den Beschluss gefasst hat, bei Moutier zwei Tunnelröhren zu bauen. Dieser Entscheid ist unter keinem Titel zu verantworten.

Bundesrat
Villiger

- wirft erneut die Frage auf, wer den Rat am Eidgenössischen Frauenturntag vom 16. Juni 1991 vertreten wird. Die Bundeskanzlei wird Vorschläge unterbreiten.

Bundespräsident
Koller

- da die Sitzung vom 17. Oktober 1990 nur 2 Stunden, von 0700 bis 0900 Uhr dauern wird, sollte sich der Rat am Vortag um 1800 bis zirka 2100 Uhr treffen. Der Rat ist einverstanden.

Bundeskanzler
Buser

- Mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der Räte ist die vorgesehene Sitzung auf den 30. Oktober 1990, um 1700 Uhr, vereinbart worden. Der Rat wird seine Delegation an der nächsten Sitzung bestimmen.
- verteilt die Antwort an die PUK 2 betreffend geheime Abkommen.

11. Oktober 1990 AC/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)